

Zur geschichtlichen Entwicklung am Mittelrhein

Hier entsteht nach und nach ein Überblick zur Geschichte des Landes am Mittelrhein. Es soll aber nicht nur die Fakten und Ereignisse dargestellt werden, sondern es wird auch die Geschichte der zahlreichen Adelsfamilien, kirchlichen Organisationen und sonstigen politischen Kräfte berücksichtigt. Um den Umfang des Vorhabens zu verdeutlichen, wurden alle geplanten Gliederungspunkte bereits in die Übersicht aufgenommen. Einige Textbeiträge sind noch in Bearbeitung und können erst später "online" geschaltet werden.

1. Vor- und Frühgeschichte



Eisenverhüttung

Wann die ersten Menschen am Mittelrhein siedelten lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die Funde von Steingeräten und Knochenwerkzeugen, die etwa in Spay, Osterspai und Brey gemacht wurden deuten an, dass schon vor etwa 30.000 Jahren Menschen dauerhaft am Rhein gelebt haben.

Für die Herstellung von Arbeitsgeräten und Schmuck wurden bereits um 2000 v.Chr. Geräte und Rohmaterialien aus Kupfer importiert. Das Bronzegießen und Metallschmieden beherrschten die Bewohner des Mittelrheins ab ca. 1.900 v. Chr. Auch die Bronze musste aus anderen Landesteilen eingeführt werden.

Die Menschen der Bronzezeit betrieben Ackerbau und Viehzucht, betrieben Fischfang und machten Jagd auf Wild. Die Grabstelle bei Struth (nö Kaub) aus der frühen Bronzezeit zeigt, dass die Höhen des Taunus bis an das Rheinufer besiedelt waren. Gleiches gilt auch für die andere Rheinseite (Boppard-Hellerwald).

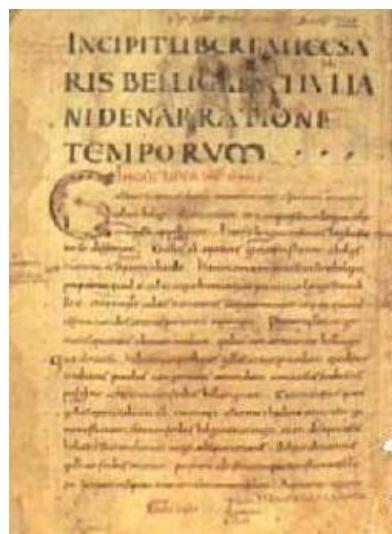
Im Laufe der folgenden Jahrhunderte (1200-750 v. Chr.) begannen sich die Volksgruppen soziale zu differenzieren, man bildete auf der anderen Seite kulturelle Gemeinsamkeiten, gemeinsame Glaubensvorstellungen und Bestattungsriten heraus. Siedlungsspuren aus der folgende Eisenzeit (750 bis Christi Geburt) sind in Brey und Rhens aufgefunden worden. Damals war es üblich, die Verstorbenen in Brandgräbern zu bestatten (meist Flachgräber (Kamp-Bornhofen), vereinzelt auch Hügelgräber auf den Höhen).

Die wachsenden Fertigkeiten, Eisenherz zu fördern und zu verhüttten, brachte immer bessere Arbeitsgeräte und Waffen hervor. Man wurde nahezu unabhängig von Importen. Handelsbeziehungen bestanden damals nach Rheinhessen, aber auch nach Mitteldeutschland und sogar bis in die heutige Schweiz. Mit den technischen Errungenschaften gingen verbesserte Methoden in der Land- und Weidewirtschaft einher. Neue Siedlungsgebiete wurden durch die Rodung der Wälder erschlossen. Während Ackerbau überwiegend im Flachland betrieben wurde, ließen sich Rinder und Schafe auch auf den gerodeten Weiden auf der Höhe halten.

Die Siedlungen lagen damals vorrangig auf den lang gestreckten sanften Höhenzügen zu beiden Seiten des Rheins oder an den Bächen, die vom Gebirge in das Rheintal flossen. Man wohnte in Einzelgehöften, aber auch in kleinen Weilern am Ufer des Rheins. Nur wenige Bereiche des Flussufers waren für größere Siedlungen geeignet. Die befestigten Höhensiedlung auf dem Hühnerberg und der Loreley bei St. Goarshausen sind eben zu dieser Zeit entstanden.

Die Träger der Hunsrück-Eifel-Kultur südwestlich des Rheins während der jüngeren Eisenzeit (Laténezeit) waren die keltischen Treverer. Aber auch jenseits des Rheins wohnten keltische und germanische Bevölkerungsgruppen. "Die Ankunft der römischen Truppen und das Zusammentreffen der Zivilisation des Mittelmeerraums mit der einheimischen keltischen Kultur und ihren reichen Bodenschätzen am Mittelrhein und damit die Erweiterung des Wirtschaftsraumes durch das Römische Reich markieren den Beginn einer neuen Kulturepoche."

2. Römerzeit



Manuskriptseite De bello
Gallico (www.livius.org)

Keltische Völker hatten zu beiden Seiten des Rheins bereits Siedlungen errichtetet, als im Zuge der Germanienzüge Caesars (100-44 v.Chr.) Mitte des 1 Jahrhunderts v. Chr. erste römische Truppen an den Rhein kamen. Ziel der Eroberungszüge war es, Gallien als Provinz dem Römischen Imperium einzugliedern und das Reich im Norden gegen die germanischen Stämme, die schon mehrfach in Italien

eingefallen waren, abzusichern. Unter Kaiser Augustus waren es dann auch wirtschaftliche Motive, die die Anwesenheit mehrerer Legionen bedingten: Die Eisenerzgruben, das Vorhandensein von anderen Rohstoffen (u.a. auch Bernstein) sowie allgemein die Wirtschaftskraft des Mittelrheinraumes.

Welche strategische Bedeutung dem Mittelrhein zukam, zeigt allein schon die Tatsache, dass nahezu alle römischen Herrscher persönlich an die germanische Grenze reisten. Die starke Militärpräsenz und die rasche Errichtung einer Infrastruktur (Militärlager, Wirtschaftshöfe, Straßen) führten zu einem verhältnismäßig raschen kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung des Rheingebietes.

Caesar nennt in seinem Rechenschaftsbericht „Der gallische Krieg“ (*De bello Gallico*) die Völker, die damals zu beiden Seiten des Rheins wohnten: es sind die Tenkterer, Usipeter und Ubier auf der rechten Rheinseite und die Menapier, Eburonen und Treverer im linksrheinischen Mittelrheingebiet. Weiter südöstlich lebten die Mediomatriker. Das Hauptwohngebiet der Sueben, die dann verstärkt an den Rhein drängten, lag nördlich des Mittelrheingebietes.

Fast die gesamte Hochfläche bis zum Limes wurde von den Römern besiedelt und landwirtschaftlich genutzt. Nur so war die Versorgung der Orte im Rheintal und der zahlreichen Militärlager zu sichern. Bekanntlich gehen die Ursprünge zahlreicher Dörfer und Städte am Rhein auf römische Siedlungen zurück.

Die Verbindung zwischen den beiden Rheinseiten wurden durch Brücken (Rheinbrücke bei Koblenz) bzw. Fähren (St. Goar) aufrechterhalten.

Bau des Limes



(Bild: www.limes-in-deutschland.de)

Mit dem Bau des Limes (erbaut 80 n.Chr., um 270 aufgegeben) grenzte sich das römische Reich gegen das östliche Germanien ab. Im Schutz dieses Grenzwalles entwickelten sich nicht nur am Rhein Städte, Dörfer und landwirtschaftliche sowie handwerkliche Betriebe, sondern auch auf den anschließenden Hochflächen des Schiefergebirges entstanden Gutshöfe (*villae rusticae*), die zur Versorgung der stadtartigen Siedlungen und Militärlager mit Lebensmitteln entscheidend beitrugen.

Die wohl flächendeckende Besiedlung des Landes durch die Römer zeigt sich auch an dem Grab-Tumulus von Weisel, den Urnengräber in der Gemarkung Bornich und oberhalb von Kamp-Bornhofen,

dem Merkurtempel oberhalb von Osterspai sowie an den zahlreichen Villen, die im rechtsrheinischen Schiefergebirge nachgewiesen wurden.

Im linksrheinischen Gebiet sind zahlreiche römische Villen festgestellt worden. Von Koblenz entlang der römischen Hunsrück-Höhenstraße (Ausonius-Straße) bis an das Rheintal war die Landschaft besiedelt und wurde landwirtschaftlich genutzt. Am Beispiel des *Vicus* und des Kastells Boppard lässt sich die Besiedlung von den frühen Anfängen in keltischer Zeit über die römische Epoche bis in das Mittelalter anschaulich nachvollziehen.

Franken und Alamannen



Chlodwig (Bild:
www.lebensraeume-
forum.de)

Mitte des 3. Jahrhunderts (259/60) drängen die rechtsrheinischen Franken und Alamannen immer heftiger an den Rhein. Die Limesgrenze war nicht mehr zu halten. Der Grenzwall wurde aufgegeben und die Grenze des Römischen Reiches an den Rhein zurückverlegt. Gleichzeitig wurden dort die römischen Festungssysteme verstärkt. Koblenz, Boppard Bingen und Mainz wurden zur Festung ausgebaut.

Veränderungen in den politischen Machtverhältnissen in Rom, die „Germanisierung“ der Verwaltung und der Bevölkerung im römischen Machtbereich am Rhein und das beständige Vordringen germanischer Volkschaften waren mit dafür verantwortlich, dass die weströmischen Herrschaft am Rhein Mitte des 5. Jahrhunderts zu Ende ging. 500 Jahre römischer Herrschaft, Kultur und Wirtschaft bildeten die Grundlage für die sich anschließende mittelalterliche Geschichte des Rheingebietes.

3. Franken



Chlodwig (um 482-511)

Der wachsende Ansturm der Alamannen und Franken auf das linksrheinische Gebiet bedeutete Mitte des 5. Jahrhunderts das Ende der römischen Herrschaft am Rhein.

In manchen ländlichen Bereichen hatten Bewohner offensichtlich schon vor dem Zuzug der Franken ihre Höfe verlassen. Als Grund hierfür werden die unsicheren politischen Zustände, unsichere Handelswege und die räuberische Banden angesehen. Diese Störenfriede drangen allerdings nicht nur aus dem rechten Rheingebiet in die römischen Gebiete ein. An vielen Stellen und auf zahlreichen Höfen blieb die römische Bevölkerung auch nach dem Abzug der römischen Soldaten und dem weitgehenden Zusammenbruch der Verwaltung wohnen. So konnten die Franken und Alamannen nicht überall die römischen Siedlungen weiterführen, besonders nicht die Höfe auf dem Land. Die fränkischen Neusiedlungen entstanden aber auch deshalb oft unabhängig von den vorangegangenen römischen Hofstellen, weil sich die fränkischen Siedlungsgewohnheiten von den römischen unterschieden. Doch das Rheintal hatte auch für die Franken hohe Anziehungskraft. Deshalb ist hier auch in den alten römischen Städten am Strom eine Siedlungskontinuität zu konstatieren. Die Franken nutzten dabei die römischen Steingebäude eher selten, viel lieber bauten sie die ihre Wirtschafts- und Amtsgebäude neu. Beide Rheinufer und die angrenzenden Landschaften des Westerwaldes, des Taunus, der Eifel und des Hunsrück wurden von den Franken besiedelt. Die neuen Siedlungen lagen überwiegend an den Rändern des Rheingrabens, an Bächen, Flussläufen und offenem Wasser. Die fränkischen Siedlungen und Höfe lagen bevorzugt da, wo das Weideland an fruchtbare Ackerland anschloss.

Fränkische Reichsgründung



St. Kastorkirche in
Koblenz (Bild:
www.hhog.de)

Zur Gründung eines fränkischen Reiches kam es erst unter Chlodwig am Ende des 5. Jahrhunderts. In karolingischer Zeit finden zahlreiche Bau- und zusätzliche Erschließungsmaßnahmen statt. Kirchen, die auf römische Gebäude zurückgehen, werden in dieser Zeit zu neuen Bauwerken umgestaltet (z. B. St. Kastor, St. Florin, Liebfrauenkirche zu Koblenz, St Severus zu Boppard, St Michael in Rhens). Pfalzen und Königshöfe werden errichtet und stehen im Rheinland oft in Zusammenhang mit spätantiken Anlagen. Neben der von alters her bestehenden günstigen Verkehrslage des Rheintals hat sich auch die politische

Randlage in eine zentrale Position des Rheintals verwandelt. Das fränkische Reich konsolidierte sich zunehmend. Der romanische Anteil der Bevölkerung nahm allmählich zugunsten des fränkischen ab. Man wird sich in einem „franko-romanischen“ Dialekt unterhalten haben, während die offizielle Sprache in Religion, Rechtspflege und „Verwaltung“ weiterhin das Lateinische blieb.

4. Das Mittelalter



Krönung Karls des Großen
(800 n. Chr.)

Mit dem Ende des römischen Reiches im 5. Jahrhundert hatte der Rhein seine politische Grenzfunktion verloren. Unter den ersten Karolingern entwickelten sich die mittleren Rheinlande von einer Randlandschaft des Frankenreiches zu dessen Kernlandschaft. Das Rheintal mit seinem aus karolinigischer Zeit herrührenden umfangreichen Reichsgut wurde für viele Jahrhunderte verbindendes Element, die „Achse des Reiches“ und das in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht

Mit der „Grafschaftsverfassung“ bildeten seit der Spätzeit Karls des Großen die Gau die Grundlage politischer Organisation bzw. den Rahmen politisch organisierter Bezirke (Grafschaften). Das Maifeld umschrieb den Raum zwischen Vinxtbach und unterer Mosel, der Trechirgau lag zwischen Mosel und Nahe/Hunsrück, im Wormsfeld lagen die Orte Mainz, Bingen, Kreuznach und Alzey. Aus letzterem schied im 9. Jahrhundert der Nahegau als eigener Bezirk aus. Rechtsrheinisch lagen Engersgau (Neuwieder Becken), unterer Lahngau, Einrich- und der Rheingau.



Sebastian Münster "Cosmographey aller Lender" (1545) Bild: Petri, Rheinische Geschichte S.276)

Die Vergabe von Reichsgut an den Adel



Kurfürstenkollegium: links die drei Erzbischöfe

Im späten 9. und frühen 10. Jahrhundert waren die Könige gezwungen, Teile des Reichsgutes dauerhaft an Dynastenfamilien zu verleihen. So kam es das die Königsgüter Bingen, Kreuznach, Boppard, Koblenz und möglicherweise auch Oberwesel bis in das frühe 10. Jahrhundert von der Familie der Konradiner verwaltet wurde. Dieser Familie gelang es dank ihrer hervorgehobenen Stellung, mehrere Vertreter auf den deutschen Königsthron zu lancieren. Mitte des 10 Jahrhunderts schwand ihr Einfluss in den Reichsgutbezirken am Mittelrhein, nachdem die ottonischen Könige die Güter wieder in die Verfügungsgewalt des Reiches zurückgeführt hatten.

Gegen Ende der Epoche ottonischer Könige waren erhebliche Anteile des Reichsgutes veräußert, vor allem an Klöster und Bischofskirchen. In einer Zeit ohne funktionierenden „Beamtenapparat“ griffen die Könige im Rahmen des Reichskirchensystems auf kirchliche Einrichtungen zurück, die der Reichsgewalt in allen Teilen des Reiches Geltung verschaffte und für Kontinuität sorgte.

Entscheidend bei der Beurteilung der Vergabe von Reichsgütern ist aber der Umstand, dass die geistlichen Institutionen im Rahmen der ottonischen Reichskirchenpolitik als wesentliche Pfeiler der Reichsgewalt fungierten. So bedeutete die Vergabe von Reichsgut an die Kirche keine Preisgabe, sondern diente der Einheit von weltlicher und kirchlicher Herrschaft. Die Familie der Konradiner konnte im 10. Jahrhundert über ihnen anvertrautes Reichsgut eine beachtliche herrschaftliche Stellung im Lahn-Rheingebiet erringen. Doch da sie zu wenig an das Reich gebunden waren und darüber hinaus zügig begann, sich eigenmächtig einen territorialen Herrschaftsbereich aufzubauen, wurden die Familie vom König „entmachtet“. Er zog das ihr überlassene Reichsgut wieder ein und gab es an zumeist kirchliche Institutionen wieder aus.

Mittelalterliche Herrschaft

Fränkische Adlige gründeten Dörfer, rodeten die Wälder und machten das Land urbar und schufen sich so vom Königtum unabhängige Herrschaftsbereiche. an dieser Entwicklung nahmen auch die Bischofskirchen und hier vor allem die Klöster teil. Ihre Herrschaftsbereiche erstreckten sich überwiegend auf grundherrschaftliche Rechte, Patronatsrecht und Gerichtsrechte.

Kennzeichen der mittelalterlichen Herrschaft war, dass sie keine größere Fläche überdeckte, sondern kleine Herrschaftsinseln der verschiedenen Herrschaftsträger lagen in Gemengelage über das Land verstreut. Man hat dies plastisch mit einem Flickenteppich verglichen. Oft übte ein Herr die Herrschaft über ein Dorf oder eine Mühle nicht alleine aus, sondern musste sich darin mit anderen Herrschaftsträgern teilen (mehrherige Orte).

Die rheinischen Erzbischöfe



Kaiser Friedrich
Barbarossa

Nach dem Investiturstreit (1122) funktionierte das alte Reichkirchensystem nicht mehr in der gewohnten Weise. Die Reichskirche, am Mittelrhein vor allem die Erzstifte Mainz, Köln und Trier begannen eigene Wege zu beschreiten. Sie bauten den weltlichen Teil ihrer Herrschaft zügig aus. Burgenbesitz, Städte- und Ortsherrschaften und umfangreicher Güterbesitz in den Dörfern waren die Stützen ihrer Herrschaft. Dem Königtum blieb übrige, sich auf die verbliebenen Reichsgüter, die Reichsstädte (Boppard, Oberwesel) und die Reichsministerialen zu stützen. Bis in das 12. und 13. Jahrhundert hinein, hatten sich am Mittelrhein mehrere weltliche und geistliche Gewalten territorial konsolidiert.

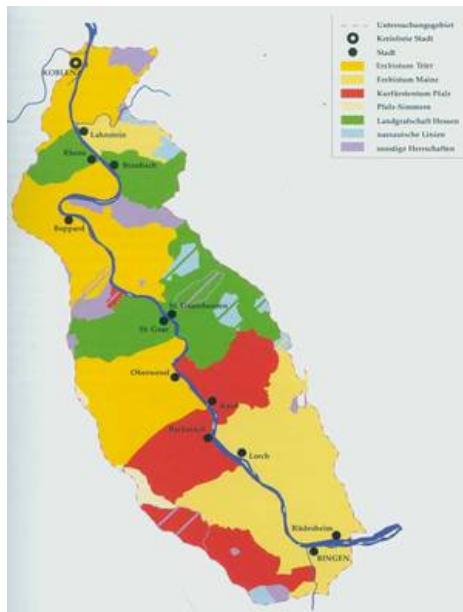
Die auf wirtschaftliche Entfaltung und verwaltungsmäßige Eigenständigkeit erpichten Städte hatten sich in der Zeit nach dem Ende der Staufer (1250), als man sich im Reich nicht auf einen allgemein anerkannten König einigen konnte, gegen die auf sie einwirkenden adeligen Territorialherren zu einem Städtebund zusammengeschlossen.

Gestaltende Kräfte am Mittelrhein

Nicht eine zentrale Reichsgewalt, sondern verschiedene Herrschaftsträger beeinflussten während des Mittelalters und der Neuzeit die politische Geschichte des Mittelrheins. Neben dem Königtum und dessen Verwaltern sind hier die Erzbistümer Mainz, Trier und Köln zu nennen. Bei den weltlichen Herren ragen die Pfalzgrafen bei Rhein, die Grafen von Katzenelnbogen und ihre territorialen Erben, die Landgrafen von Hessen besonders hervor. Doch auch die Fürstabtei Prüm, die Grafen von Nassau und eine Reihe anderer Geschlechter haben die Geschichte des Mittelrheins in besonderer Weise geprägt.

- Die Könige und der Mittelrhein
- Das Erzstift Mainz
- Das Erzstift Trier
- Das Erzstift Köln
- Die Pfalzgrafen bei Rhein
- Die Grafen von Katzenelnbogen
- Die Landgrafen von Hessen
- Die Grafen von Nassau
- Die Fürstabtei Prüm

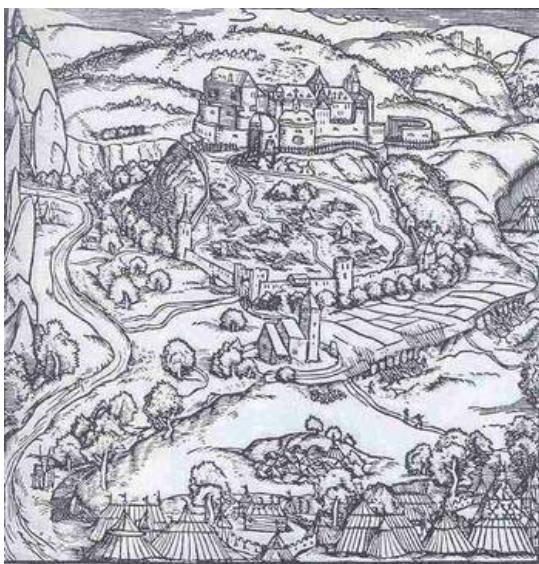
Die territorialen Verhältnisse am Mittelrhein zu Ende des 15. Jahrhunderts



Die Karte wurde dem Buch Michael Imhof, Andreas Metzing, Stephan Weyer-Menkhoff: Die Kirchen im Mittelrheintal. Führer zu den Bauten des UNESCO-Welterbes Mittelrheintal entnommen. Erschienen 2005 im Michael Imhof Verlag in Petersberg. ISBN 3-935590-64-4.

5. Reformation

Die Fehde des Franz von Sickingen



Ebernburg, Sitz der Sickingen

Mit dem Beginn des 16. Jahrhunderts zerbrach die kirchliche Einheit. Glaubenskämpfe und Konfessionalisierung bestimmten auf der politischen Bühne das Zeitalter der Reformation. Die Unruhen erfassten zunächst die Reichsritterschaft- Das Rittertum geriet zunehmende in die militärische Bedeutungslosigkeit. Die Ritterheere, die das Bild der mittelalterlichen Schlachtfelder geprägt hatten, waren Anfang des 16. Jahrhunderts weitgehende durch Landknechtsverbände abgelöst worden. Zum militärischen und sozialen Niedergang trat eine wirtschaftliche Krise. Die kleinen Rittergüter konnten oft die Ritterfamilien nicht mehr ernähren. Zahlreiche Ritter passten sich den politischen und sozialen Veränderungen an, traten in fürstliche Dienste oder verdienten ihren Lebensunterhalt in Handel und Gewerbe. Doch einige Ritter wollten die Vergangenheit nicht aufgeben. Von der Reformation erhofften sie sich neuen Bedeutungszuwachs, sie spekulierten auf die Enteignung kirchlicher Gebiete und ihre Erhebung in den Fürstenstand. Im Jahr 1519 unterstützte Reichsritter Franz von Sickingen wie viele andere seines Standes die Wahl Karls V. zum deutschen König. Sickingen war durch die Lehre Ulrichs von Hutten von der Richtigkeit der reformatorischen Ideen überzeugt worden. Nachdem Karl V. Kaiser geworden war begann Sickingen, dessen Einverständnis voraussetzend, 1522 seinen „Pfaffenkrieg“ gegen das Erzbistum Trier. Doch Franz von Sickingen konnte die Masse seiner Standesgenossen nicht gewinnen. Er berief sich zwar auf reformatorische Ideen, doch er hatte kein Programm zu bieten, auf das sich der niedere Adel in seiner Gesamtheit hätte festlegen können. Als Franz im Spätsommer 1522 das Kurfürstentum und namentlich die Stadt Trier Angriff, stand er von Anfang an auf verlorenem Posten. Ohne breite Unterstützung war er nur ein Ritter, der mit den überholten Rechtsmitteln einer mittelalterlichen Fehde seinen Anspruch durchfechten wollte. Sein Gegenspieler, der Trierer Erzbischofs Richard von Greiffenklau, ein Standesgenosse, konnte sich auf eine beachtliche Anhängerschaft stützen, zu der auch die ihm nach wie vor verbundene Ritterschaft zählte. Dem bei der Belagerung Triers gescheiterten Sickingen stellt sich nun eine mächtige Fürstenkoalition entgegen. Neben dem Trierer Kurfürsten setzten Landgraf Philipp von Hessen und Kurfürst Ludwig von der Pfalz alles daran, die alte Ordnung wieder herzustellen. Ende April 1523 wird Franz von Sickingen in seiner Burg Nanstein

eingeschlossen. Er verfügt zwar selbst über neue Kanonen, aber dem konzentrischen Feuer der modernen Belagerungsgeschütze ist die mittelalterliche Festung nicht gewachsen. Die Mauern werden in Stücke geschossen. Kurz nach der Kapitulation stirbt Franz von Sickingen am 7. Mai 1523 an den Folgen einer Verwundung.

Reformatorische Bewegungen am Mittelrhein



Burg Nanstein

Die 1525 ausbrechenden Bauernkriege wirkten sich im Tal des Mittelrheins nur wenig aus. Zu Unruhen kam es im Rheingau, im Lahngebiet und auf dem Westerwald. Am Mittelrhein sind kleiner Revolten aus den zu Boppard und Oberwesel gehörenden Dörfern überliefert. Doch waren nicht die unzufriedenen Bauern Träger dieses Aufbegehrens, sondern eine aufgebrachte Bürgerschaft protestierte gegen die an ihren Privilegien festhaltende Geistlichkeit. So trafen sich die vier rheinischen Kurfürsten im Julib1524 in Oberwesel, um für eine gemeinsame Vorgehensweise gegen die Unruhe im Volk zu beratschlagen. Sie kamen nicht umhin, eine 80 Sätze umfassende Bittschrift entgegenzunehmen, die auf der lutherischen Lehre fußten. Die Versammlung gab der Bittschrift zwar vordergründig nach, an einer Beseitigung der Missstände im Sinne der Städter waren die Kurfürsten aber nicht interessiert. Die 1525 auch in Trier laut werdende Forderung nach Abschaffung der vielen Privilegien des Klerus wurde durch Erzbischof von Richard von Greiffenclau ebenfalls in eine andere Richtung gelenkt. Dem Kurfürsten schwebte vielmehr vor, das katholische Kirchenwesen zwar zu reformieren, aber im Wesentlichen mit der Durchsetzung eines zentralisierenden und egalisierenden fürstlichen Absolutismus zu stabilisieren. Die Reichsritterschaft begann in dieser Epoche, sich allmählich den Landständen zu entziehen und zu versuchen, sich unmittelbar dem König zu unterstellen, d.h. „reichsunmittelbar“ zu werden. Auch die Städte, am Mittelrhein waren es Koblenz und Boppard, versuchten sich der Landstandschaft zu entziehen. Doch ihr Versuch scheiterte.

Die weltlichen Territorien innerhalb der Trierer Kirchenprovinz wurden nach und nach bis 1565 protestantisch; allen voran 1527 das hessische Amt Rheinfels: Landgraf Philipp der Großmütige von Hessen, seit dem Aussterben der Grafen von Katzenelnbogen 1479 Inhaber der Landeshoheit und der Kirchenrechte im Raum um St. Goar, führte damals das lutherische Bekenntnis durch. Auch das

kurkölnische Rhens, Pfandbesitz der Grafen von Katzenelnbogen und jetzt hessisch, wurde protestantisch. St. Goar wurde zur ersten evangelischen Gemeinde am Mittelrhein. Wegen der Auflösung des Stifts Goar, dessen Stiftsherren am alten Glauben festhalten wollten, kam es zu langwierigen Auseinandersetzungen zwischen dem Landgrafen und der Abtei Prüm, zu der das Stift immer noch gehörte. Die Konfessionszugehörigkeit der einzelnen Gemeinden und Gebiet war am oberen Mittelrheingebiet um 1570 im Großen und Ganzen festgelegt, zwischen Alt- und Neugläubigen bestand ein nahezu ausgewogenes Verhältnis.

Dem Einzug des protestantischen Glaubens in ehemals katzenelnbogischen und jetzt hessischen Landen folgte der Glaubenswechsel in den nassauischen Gebieten rechts des Rheins (Weilburg 1533/36, Dillenburg 1533), pfalz-zweibrückischen Ortschaften (1533/39), die wild- und rheingräflichen Orte auf dem Hunsrück (1450) sowie die Orte, die dem Kurfürsten bei Rhein unterstanden (1546). Im Mai 1546 wurde die erste evangelische Predigt in Bacharach gelesen. Die Stiftskanoniker des Kölner Andreasstift, die Pfarrherren in Bacharach sowie in den Nebenpfarreien Steeg, Oberdiebach und Manubach waren, mussten sich dem mehrheitlich protestantisch gesinnten Volk fügen. Wie in St. Goar gab es aber auch seitens des Bacharacher Rates Bedenken gegen die drohende Säkularisierung des Kirchengutes. Man fürchtete große Einbußen beim Ausbleiben der Wallfahrt zum Grab des hl. Werner, auch die Bedeutung Bacharachs als Umschlag- und Stapelplatz der Weine aus dem kurmainzischen und damit katholischen Rheingau sah man ernstlich bedroht. Mit dem von Kaiser Karl V. 1548 erlassenen Interim wurden im Viertälergebiet die evangelischen Prediger wieder ihrer Ämter enthoben- Pfalzgraf Friedrich II. hatte dem Interim zugestimmt, bei der Bevölkerung löste die Entscheidung Bestürzung und Proteste aus.

Vom Augsburger Interim zum Augsburger Religionsfrieden



Bild: www.geschichte.uos.de

Als Interim bezeichnet man einen Versuch Kaiser Karls V., durch ein Dekret zur religiösen Ordnung in Deutschland zu einer Entspannung mit den Protestantenten zu gelangen. Kaiser Karl stand als überzeugter Katholik zwischen der Reformation in Deutschland und dem völlig reformunwilligen Papsttum in Rom.

Karl hatte die Protestanten soeben im Schmalkaldischen Krieg besiegt. So glaubte er, die religiöse Ordnung für Deutschland mit einem vorläufigen Ausnahmegesetz wieder herstellen zu können. Nicht ein Konzil sollte entscheiden, auch nicht die (protestantischen) Fürsten, sondern er allein. Auf dem Augsburger Reichstag am 15. Mai 1548, der als "Geharnischter Reichstag" in die Geschichte einging, gestand er zwar die Priesterehe und den Laienkelch zu, er forderte aber die Wiederherstellung der katholischen Lehre. Sein Ziel, ein konfessionell geeintes Deutschland der weltweiten habsburgischen Universalmonarchie einzugliedern, schien erreicht. Eine endgültige Lösung sollte das seit 1545 tagende Konzil von Trient finden. In der Folge nahmen weder die protestantische noch die katholische Seite den Vorschlag an, er wurde als Aufweichen der jeweiligen Positionen betrachtet. Das Interim geriet zum Fehlschlag. Die territorialen Gewalten setzten sich letztendlich gegen den militärisch überlegenen Kaiser durch. Ein Kompromiss konnte erst auf einem Reichstag in Augsburg hergestellt werden. Den deutschen Reichsständen, die sich 1555 in Augsburg unter Vorsitz König Ferdinands trafen, lag nur an der Sicherung ihres Besitzes und ihrer landesherrlichen Rechte, zu denen auch die Bestimmung über die Religion des Landes gehörte. So garantierte der Augsburger Religionsfriede den derzeitigen territorialen Besitzstand. Innerhalb jedes Territoriums galt das Bekenntnis des Landesherrn („cuius regio eius religio“). Aber nur den weltlichen Fürsten stand ein Wechsel des Bekenntnisses frei, ein geistlicher Fürst, der zum evangelischen Glauben übertrat, musste sein Amt niederlegen. Die Untertanen durften zwar nicht mehr gewaltsam zur Änderung ihres Bekenntnisses gezwungen werden, sie kamen aber um eine Auswanderung nicht herum, wenn sie im „falschen“ Konfessionsgebiet lebten. Die Gleichberechtigung der Katholiken und Lutheraner war somit vollzogen, ausgeschlossen vom Friedensschluss blieben allerdings alle Sektierer. Ob zu diesen auch die Reformierten zu rechnen seien, blieb für lange Zeit unentschieden.

Der Augsburger Religionsfriede von 1555 löste schließlich eine dritte Reformierungswelle ausgelöst, welche die Lande der Grafschaften Sayn (1563), die hintere Grafschaft Sponheim (1557/66), Veldenz (1566), Nassau-Saarbrücken (1575) sowie die Vordere Grafschaft Sponheim (1556) und Pfalz-Simmern (1557) erfasste.



Calvin

Calbin
(Bild:academic.brooklyn.cuny.edu)

Im Viertäleregebiet um Bacharach waren im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts die innerprotestantischen Bekenntnisstreitigkeiten beendet. Unter Pfalzgraf Friedrich dem Frommen (1559-

1576) wurde in den pfälzischen Orten der Calvinismus eingeführt. Ludwig VI. (1576-1583) kehrte dann wieder zum lutherischen Bekenntnis zurück. Doch während der Vormundschaftsregierung des Kurfürsten Johann Casimirs (1583-1592) setzte sich Calvins Lehre endgültig durch. Auch in der hessischen Niedergrafschaft Katzenelnbogen um St. Goar entwickelte sich um 1600 neben der lutherischen eine reformierte Gemeinde entwickelt, die mit einigen Streitigkeiten und Unterbrechungen bis 1817 Bestand hatte. In der Mainzer Kirchenprovinz und in Mainz selbst trafen die lutherischen Ideen in den frühen 1520er Jahren auf hohe Akzeptanz. Der Anteil der prolutherisch gesinnten Persönlichkeiten in den führenden Kreisen der Mainzer Universität war beachtlich, auch innerhalb des Domkapitels und der erzbischöflichen Verwaltung stand man der neuen Lehre Lehre durchaus aufgeschlossen gegenüber. Der Mainzer Kurfürst Albrecht von Brandenburg (1514-1545) ließ die reformierte Bewegung über einige Jahre gewähren. In einigen Mainzer und Binger Kirchen wurden evangelische Predigten ohne weiteres geduldet. Doch im Jahr 1524 schloss sich Erzbischof Albrecht in Oberwesel dem Gremium der rheinischen Kurfürsten. Jetzt kam es zu ersten gegen die lutherischen Prediger gerichteten Maßnahmen. 1525 machten Kurfürsten und Domkapitel ihre eindeutig katholische Haltung klar. Der Versuch, mit Hilfe des Interimskaisers Karl V. von 1548 die Kirchenhoheit in den weltlichen Territorien wiederzuerlangen, scheiterte. Erzbischof Daniel Brendel von Homburg (1555-1582) schuf mit der Gründung des Mainzer Jesuitenkollegs Fakten gegen die Kirchenreform. Im Jahr 1603 wurden alle Protestanten aus der Mainzer Hofgesellschaft und der höheren Beamtenstafte entfernt. Der Schlussstrich unter diese „Gegenreformation“ wurde 1669 mit einer Kirchenordnung unter Erzbischof Johann Philipp von Schönborn gezogen.

Dreißigjähriger Krieg (1618-1648)



Prager Fenstersturz

Der Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus löste den Dreißigjährigen Krieg aus. Im Jahr 1618 erhoben sich die protestantischen Stände („Prager Fenstersturz“) gegen Kaiser Ferdinand II. und wählten den Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz(1610-1623) zum böhmischen König. Der Kampf zwischen Katholiken und Protestanten, zwischen den auf Souveränität bedachten Reichsständen und dem auf politische und religiöse Einheit drängenden Kaiser, wurde auch in den rheinischen Territorien spürbar. Nach der für Friedrich V. verlorenen Schlacht am weißen Berge (1618) kam im Januar 1619 Vertreter der katholischen Reichsstände in Oberwesel zusammen. Man beschloss in Oberwesel, die alte Liga wieder her. In Zukunft sollte es eine rheinische Bundesgruppe unter Führung von Mainz und einer

oberländische Bundesgruppe unter Bayerischer Führung geben. Der kaisertreue Rheinische Bund umfasste neben den drei Erzbistümern Mainz, Trier und Köln auch die anderen Hochstifte und Reichsabteien des katholischen Rheinlandes. Sie traten nun für den Kaiser und die mit ihm verbündeten Spanier in den sich ausweitenden Krieg ein. Als im Jahr 1620 der kaiserliche General Spinola das pfälzische Land Friedrichs V. besetzte, wurden auch die mittleren Rheinlande in den Strudel der kriegerischen Ereignisse gerissen. Die kurpfälzischen Rheinorte wurden direkt angegriffen: In Bacharach rückten im Herbst 1620 spanische Truppen ein, bald darauf streckten der Ort Kaub mit seinen Burgen Gutenfels und Pfalzgrafenstein die Waffen. Im Jahr 1621 zwang Spinola die Truppen der protestantischen Union im Mainzer Stillstand zur Waffenniederlegung.

Die gewachsene Macht des Kaisers wurde auch am Mittelrhein auf Seiten der Katholiken mit einem Misstrauen begegnet. Sein Zusammengehen mit den Spaniern wurde nicht uneingeschränkt gutgeheißen. Der Trierer Kurfürst Philipp Christoph von Sottern brach im Jahr 1627 mit den Spanien und dem Kaiser. Gleichzeitig näherte er sich Frankreich an. Er versprach sich von seinem Kurswechsel nicht nur eine generelle Stärkung des Katholizismus, sondern vor allem auch die Wahrung seiner territorialpolitschen Stellung, die er durch die kaiserliche Politik bedroht sah. Der Krieg am Rhein eskalierte, als 1630 der schwedische König Gustav Adolf und später französische Truppen (Kriegserklärung an Spanien 1635) in den Krieg eingriffen. Im Dezember 1631 wurde das strategisch wichtige Mainz von schwedischen Truppen belagert und mit Hilfe von Truppen des Landgrafen von Hessen-Kassel 1632 erobert. Auch die Grafen von Nassau schlossen sich jetzt dem protestantischen Lager an, dessen Lage sich spürbar zum Besseren wandelte. Als Pfalzgraf Ludwig Philipp von Simmern, der Vormund der Erben des 1632 verstorbenen Pfalzgrafen Friedrichs V., die Pfalzgrafschaft übernahm, behielten sich Schweden das Besetzungsrecht in den strategisch bedeutenden Stellungen Bacharach, Kaub und Pfalzgrafenstein vor. Schwedische Truppen unter dem Rheingrafen Otto Ludwig besetzen am 18. Januar Boppard, räumten es am 10. April Boppard, um im Juni 1632 unter dem Feldmarschall Horn noch einmal für kurze Zeit zurückzukehren, um die nach Koblenz vorgedrungenen Spanier zu vertreiben.



König Gustav Adolph II.

Die schwedischen Truppen besetzten 1635 nach längerer Belagerung die mainzische Hauptburg Ehrenfels und nahmen den gesamten Rheingau in Besitz. In den Jahren 1635 bis 1650 geboten nacheinander mal die Kaiserlichen, bald die Schweden und endlich die Spaniern über die Burg, die dabei nachhaltig beschädigt wurde. Bacharach war im Januar 1632 von Schweden besetzt und dabei ebenfalls stark beschädigt worden; auch die Burgen Fürstenberg, Stahlberg und Stahleck konnten den Schweden nicht standhalten. Das wechselnde Kriegsglück sah nacheinander sieben Eroberer in Bacharach: kaiserliche, französische, bayerische, Weimarer, spanische und zuletzt auch noch französische Kriegsherren. Auch die pfälzische Festung Gutenfels oberhalb von Kaub war hart umkämpft; feindliche Truppen lösten sich mehrmals als Burgherren ab: 1620 bis 1632 Spanier, 1632 Schweden, 1632 bis 1635 Hessen, 1635 bis 1645 kaiserliche bzw. hessen-darmstädtische Truppen, 1645 Franzosen, 1646 erneut Hessen-Darmstadt und 1647 Hessen-Kassel. Ein Soldatenfriedhof, der „spanische Friedhof“ in Kaub erinnert an diesen Krieg. Der Trierer Erzbischof hatte 1632 sowohl mit Frankreich (9. April) als auch mit Schweden (23. Januar) Schutzbündnisse geschlossen. Frankreich erhielt Garnisonsrechte auf der Festung Ehrenbreitstein. Mehr als ihm lieb war, wurde Trier in die französische Rheinpolitik verwickelt. Als sich das Kriegsglück nach der Niederlage der Schweden bei Nördlingen zugunsten des Kaisers drehte, wurde Trier am 26.03.1635 erobert, der Kurfürst von den Kaiserlichen gefangen genommen. Erst 1644 konnte Kurfürst Philipp nach zehnjähriger Haft in Wien, die Regierungsgeschäfte im Kurstaat wieder übernehmen. Die Schweden kündigten Trier die Neutralität und besetzten Boppard und Umgebung. Sie wurden zwar im Mai mit Unterstützung der einheimischen Bauern von den Kaiserlichen vertrieben, doch schon im Juni erobern die Franzosen von Koblenz aus Boppard wieder zurück. Bis zur Einschließung der Franzosen in Koblenz durch die bayerische Armee im Dezember 1635 lag Boppard im unmittelbaren Kampfgebiet. Zur Abwendung von Plünderungen und zur Versorgung einquartierter Truppen musste die Stadt hohe Kredite aufnehmen.



Burg Rheinfels nach Dillich

Neben Koblenz (seit den 30-er Jahren abwechselnd von kaiserlichen, schwedischen und französischen Truppen besetzt) brachte der Krieg auch in den übrigen trierischen Städten Truppendurchzüge, wechselnde Besetzungen, Kontributionen, Einquartierungen sowie Zerstörung und Not. 1632 wurde Stolzenfels von Schweden erobert, 1634 bis 1636 und erneut 1646 bis 1648 von französischen Truppen besetzt. Aus Boppard zog die schwedische Besatzung erst 1650 wieder ab. Die zu Boppard gehörende Siedlung Peternach, dessen Bewohner Junker Friedrich von Liebenstein in der schwedischen Armee diente, wurden von bayerischen Truppen niedergebrannt und von ihren Bewohnern für immer

verlassen. Oberwesel, 1620 von kaiserlichen und spanischen Truppen besetzt, wurde 1629 von vom schwedischen Parteigänger Rheingraf Otto Ludwig erobert und französischen Truppen übergeben. 1644 erschienen bayerische Truppen im Ort; 1646 zogen wieder französische Truppen in Oberwesel ein. Die Schönburg war 1632 von spanischen Truppen besetzt und 1639 von den Schweden erstürmt worden. Die Landgrafen von Hessen kämpften im Krieg auf verschiedenen Seiten. Während Landgraf Ludwig V. von Hessen-Darmstadt (1596-1626) auf Seiten der Kaiserlichen stand, hielt Moritz von Hessen-Kassel auch nach 1620 zu dem geschlagenen Friedrich von der Pfalz. Moritz Festung Rheinfels konnte 1621 dank ihrer zahlreichen Geschütze den ersten spanischen Angriff abwehren. Moritz konnte aber seine Stellung am Rhein nicht behaupten, er wurde bis 1623 Graf Tilly auf ein kleines Restgebiet um Kassel zurückgedrängt. Als Landgraf Georg II. von Hessen-Darmstadt (1626-1661) 1626 den von hessen-kasselischen Truppen verteidigten Rheinfels eroberte, fiel damit die Niedergrafschaft Katzenelnbogen zusammen mit Braubach an die Regierung in Darmstadt. Zur selben gelang dem Kölner Erzbischof die Wiedereinlösung und Rekatholisierung der katzenelnbogischen Pfandschaft Rhens. Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, Moritz' Nachfolger, verbündete sich 1636 mit Frankreich, wurde daraufhin vom Kaiser zum Reichsfeind erklärt und musste nach Friesland flüchten, wo er 1637 starb. Bei der erneuten Belagerung im Hessenkrieg 1647 wurde die Festung Rheinfels von Hessen-Kassel zurückerobert. Der Rheinfels wurde Residenz einer Linie Hessen-Rotenburg-Rheinfels. Die Ämter Braubach und Katzenelnbogen blieben auch nach 1647 bei Hessen-Darmstadt- Der Westfälische Frieden beendet 1648 vorerst die seit 30 Jahren nicht enden wollenden Kampfhandlungen. Während das rheinische Territorialgefüge weitgehend unangetastet blieb, war die Zerschlagung der habsburgischen Vorherrschaft zugunsten einer französischen Vormachtstellung für die weitere Geschichte der Rheinlande von Bedeutung. Die rheinischen Regierungen waren trotz ständig steigender Steuerforderungen nicht in der Lage, Krieg und Drangsal vom Land abzuwenden. Kriegshandlungen, Truppendurchzüge und Einquartierungen, Plünderungen, Seuchen, Hungersnöten, Teuerungen und der weitgehende Zusammenbruch der Handelsbeziehungen kennzeichneten den wirtschaftlichen Niedergang. Die Nachrichten über Bevölkerungsrückgänge gerade aus dem südlichen Rheingebiet, die umso größer wurden, je näher man den pfälzischen und lothringischen Kriegsschauplätzen kam, sprechen eine deutliche Sprache. Die Hexenverfolgungen und Hexenprozesse sind in dieser Epoche auch im Rheinland anzutreffen. Bereits 1492 bis 1494 war es im Amt Boppard, 1497 in Trier zu zahlreichen Hexenprozessen gekommen und auch die nächste rheinische Verfolgungswelle begann 1568 wieder in Kurtrier. Besonders exzessive Verfolgungen sind bis um 1600 aus der Umgebung von Trier selbst und v. a. aus Winningen und Cochem an der Mosel bezeugt. Erst das allgemeine Prozesseverbot, dass der Trierer Kurfürst Karl Kaspar von der Leyen nach erneuten Hexenverfolgungen in den Jahren 1652/1654 erließ, beendete im Trierischen das grausame Treiben.

Ancien Régime (1648-1794/1801)



Wilhelm von Oranien
(Bild: wissen.swr.de)

Die anhaltende wirtschaftliche Stagnation und die schon bald einsetzende Konfrontation mit Frankreich verhinderte eine rasche Erholung des Landes nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges. Im Frühjahr 1672 erklärte Ludwig XIV. Holland den Krieg. Der Trierer Kurfürst Karl Kaspar von der Leyen musste den freien Durchzug französischer Truppen durch sein Territorium gestatten. Dabei wurde Oberwesel geplündert und gebrandschatzt. Als Wilhelm von Oranien die Franzosen zurückdrängte und sich der Kaiser in Wien und Brandenburg verbündeten, wurde das Land am Rhein für vier Jahrzehnte Kriegsschauplatz. Während sich die Mainzer Kurfürsten Johann Philipp von Schönborn (gest. 1673) und sein Nachfolger Lothar Friedrich von Metternich neutral verhielten, schloss sich der Trierer Kurfürst 1672 der kaiserlich-brandenburgischen Allianz an. Die Kämpfe konzentrierten sich zuerst auf den Niederrhein, wo die Koalition, bestehend aus dem Kaiser mit Holland, Spanien und Lothringen, 1673 die wichtigsten Kölner Stellungen (Andernach, Linz, Bonn) erobert. Kurfürst Wilhelm von Fürstenberg geriet in Gefangenschaft. Der Schauplatz der kriegerischen Handlungen verlagerte sich jetzt an den Mittelrhein, die Mosel und in die Pfalz. Der von den Franzosen beherrschte Mosel-Saar-Raum sowie Trier konnten 1675 zurückerobert werden, 1676 auch die seit 1648 besetzte Festung Philippsburg bei Speyer.

Der Pfälzische Erbfolgekrieg



Festung Ehrenbreitstein
(Bild: artoftheprint.com)

Der Pfälzische Erbfolgekrieg entbrannte wegen der Ansprüche des französischen Königs Ludwig XIV. auf die Pfalz. Liselotte von der Pfalz war im Jahr 1671 aus politischen Gründen mit Herzog Philipp I. von Orléans, einem Bruder des französischen Königs Ludwigs XIV. vermählt worden. Nach dem Tod Ihres Bruders, des pfälzischen Kurfürsten Karl II. (1685), erhob Ludwig XIV. (Sonnenkönig) für seine Schwägerin Liselotte Erbansprüche auf Teile des pfälzischen Besitzes. Damit gedachte er, Frankreich

endlich bis an die Rheingrenze ausdehnen zu können. Als außerdem der französische Kandidat Wilhelm von Fürstenberg bei der Kölner Bischofswahl von 1688 nicht zum Zuge kam, ließ Ludwig XIV. seine Truppen in Kurköln einmarschieren. Als sich der Trier Erzbischof Johann Hugo von Orsbeck weigerte, den Franzosen die strategisch wichtige Stadt Koblenz mit der Festung Ehrenbreitstein als Stützpunkt zur Verfügung zu stellen, schossen französische Truppen Ende Oktober Koblenz in Brand. Burg Stolzenfels und das kurmainzische Lahneck sowie zahlreiche Ortschaften wurden besetzt. Über Mainz, Kreuznach, Bingen (Besetzung von Ehrenfels) und Bacharach stießen die Franzosen über den Rhein und von dort aus nach Süden vor. Die Augsburger Allianz gab Hoffnungen auf einen Friedenschluss auf und erklärte 1689 Frankreich den Krieg. Ludwig XIV. begann seinen Feldzug unter der Parole "Brûlez le Palatinat!" (Verbrennt die Pfalz). Der Politik der "Verbrannten Erde" fielen seit 1689 die gesamte Pfalz (Heidelberg, Mannheim, Oppenheim, Worms, Speyer), der Hunsrück, sowie das Rhein- und Moselgebiet zum Opfer. Fast alle festen Orte, Burgen und Schlösser gingen in dem Feuersturm zugrunde. Zum ersten Mal wurde in einem Krieg ein derart ausgedehntes Gelände planmäßig in Schutt und Asche gelegt: neben den Burgen und Schlössern in Brühl, Lechenich, Zülpich, Kerpen und Münstereifel wurden die Städte Andernach, Ahrweiler zerstört. auch Wittlich, Cochem, Hillesheim, Mayen, Monreal, Kastellaun, Simmern und am Mittelrhein Bingen, Bacharach und Oberwesel fielen den Kämpfen zum Opfer. Allein acht Sprengungen galten der pfälzischen Burg Stahleck oberhalb von Bacharach, herabfallende Trümmer zerstörten Teile der Stadt und der Werner-Kapelle. Ebenfalls durch Brand und Sprengung wurden die Burgen Stahlberg und Fürstenberg vernichtet. Die Sprengung der Mainzer Burgen Heimburg, Sooneck sowie Reichenstein, damals schon sämtlich Ruinen, hatte nur noch symbolischen Charakter. Burg Ehrenfels wurde beim Abzug der seit 1688 währenden Besetzung zerstört; ebenso die bereits im Dreißigjährigen Krieg umkämpfte und stark beschädigte Trierer Schönburg über dem eingeäscherten Oberwesel. Auch Burg Maus bei Wellmich wurde teilweise beschädigt. In vielen Fällen wurden die Ruinen als Steinbrüche geplündert, bis am Ende des 18. Jahrhunderts die Revolutionskriege ihr Schicksal endgültig besiegelten. Auch in den folgenden Jahren unternahmen die Franzosen immer wieder Vorstöße an den Mittelrhein. 1692 und 1697 wurde Oberwesel abermals schwer verwüstet.



Marksburg

Die Festung Rheinfels über St. Goar hielt dagegen sämtlichen Angriffen geblieben. Auch bei der dritten Belagerung Ende 1692 konnte das hessen-kasselische Bollwerk von den Franzosen unter General Tallard nicht bezwungen werden. Wohl gerade deshalb blieb dem Mittelrhein die französische Besetzung

erspart, blieb die Marksburg als einzige Höhenburg am Mittelrhein verschont (wie auch die Niederungsburgen Boppard und Pfalzgrafenstein). Pfalzgraf Karl von Hessen-Kassel beanspruchte nach seinem glänzenden militärischen Erfolg die gesamte Niedergrafschaft Katzenelnbogen, doch infolge des Friedens von Rijswijk (1697) musste Hessen-Kassel den Rheinfels räumen. Ihre symbolische Bedeutung für das Reich war zu groß, als dass man sie einem einzelnen Territorialherrn überlassen wollte. Im holländischen Rijswijk bestand Ludwig XIV. auf dem Besitz des Elsass mit Straßburg, war aber auch bereit, alle reunierten Gebiete sowie die rechts-rheinischen Brückenköpfe an die früheren Territorialherren zurückzugeben und damit auf den Vorstoß gegen den Rhein zu verzichten.

Die Erbfolgekriege



Versammlung in Rijswijk
(Bild: Bengt Nilsson)

Spanischer Erbfolgekrieg

In den spanischen Erbfolgekrieg (1701-1713) wurden die Mittelrheinlande nurmittelbar betroffen. Der Krieg wütete zwischen den Hauptkonkurrenten Österreich und Frankreich. Streitsache war das spanische Erbe nach dem Tod des letzten spanischen Habsburgers Karl II. Im Krieg trat Ludwig XIV. von Frankreich für seinen Enkel Philipp von Anjou ein, Kaiser Leopold I. für seinen jüngeren Sohn Karl (VI.). Auf Seiten Österreichs standen Hessen-Kassel, England, Holland (Große Haager Allianz 1701), Brandenburg, Hannover und ab 1703 Savoyen. Auf Seiten Frankreichs standen Bayern, Köln und bis 1703 Savoyen.

Kriegsschauplatz auf Reichsboden waren zunächst der Niederrhein und Bonn. Am oberen Rhein hatte der Prinz Ludwig von Baden, dem der Marschall Villars gegenüberstand, am 9. September 1702 Landau in der Pfalz erobert und Villars, der bei Hüningen über den Rhein ging, zum Rückzug genötigt; aber 1703 eroberte die Franzosen Breisach (7. September) und Landau in der Pfalz (17. November). Anfang des Jahres 1704 fiel Nassau in die Hände des Kurfürsten von Bayern. Damit die entscheidende Wendung ein. Prinz Eugen, den der Kaiser an die Spitze des Hofkriegsrats gestellt hatte, fasste den Plan, durch einen kombinierten Angriff der beiden verbündeten Heere die bayerisch-französische Macht zu vernichten. Der Herzog von Marlborough ging bereitwillig auf diesen Plan ein und zog in Eilmärschen vom Niederrhein nach Schwaben.

Die Franzosen besetzten auch das kurtrierische Oberstift mit Trier, hohe Kontributionen und Versorgungslieferungen bewahrten die Trierer Lande vor Verwüstungen und Brandschatzungen, die mittleren Rheinlande wurden nur von Geldzahlungen, Einquartierungen und einigen plötzlichen

Überfallendrangsaltert. Im Jahr 1714 kam es auf Vermittlung des Pfälzer Kurfürsten in Rastatt (6. März) und Baden (z. September) zu Friedensschlüssen zwischen Frankreich und dem Reich, welches die volle Wiederherstellung der territorialbestimmungen von Rijswijk anerkennen musste. Landgraf Karl von Hessen-Kassel hatte den Kriegszustand genutzt, um 1702 abermals die Festung Rheinfels und die Niedergrafschaft Katzenelnbogen unter militärische Kontrolle zu bringen. Eine Reichsexekution zwang Karl 1718 zur Aufgabe der Festung und ordnete erneut die Besetzung durch ein gemischtes Truppenkontingent an. Erst 1754 bestätigte der Kaiser die hessischen Ansprüche. In den kriegerischen Auseinandersetzungen der 1730er bis 60er Jahre spielte das Rheinland eine politisch untergeordnete Rolle, der territoriale Besitzstand blieb weitgehend gewahrt. Die rheinischen Fürsten und Kurpfalz waren bestrebt, sich aus den Konflikten herauszuhalten. Während des polnischen Thronfolgekriegs (1733-1738) rückten die Franzosen erneut in Trier und Trarbach ein; auch Oberwesel erlitt damals Brandschatzungen. 1735 konnten kaiserliche Truppen Teile des Trierer Gebietes zurückgewinnen. Erst 1737 räumten die Franzosen das besetzte Land vollständig.

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763)

Während des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) musste 1758 die Festung Rheinfels, technisch in verwahrlostem Zustand und ohne Artilleriemunition, vor einem erneuten Angriff französischer Truppen kapitulieren.

Polnischer Erbfolgekrieg 1733-1735

Der Streit drehte sich um die Thronfolge im polnischen Herrscherhaus nach dem Tod Augusts II. des Starken († 1.2.1733). Während Österreich und Russland den Sohn des Verstorbenen, Friedrich August II., unterstützen wollten, wollte Frankreich den polnischen Exkönig Stanislaus I. Leszczynski (den Schwiegervater Ludwig XV.) als König einsetzen. Als Frankreich dem habsburgischen Österreich und Russland den Kriegerklärte, fanden auch zahlreiche Kriegshandlungen an der Rhein-Grenze statt, zunächst noch unter dem Befehl des greisen Prinzen Eugen von Savoyen. 1735 wurde der Sachse als August III. zum neuen König von Polen ernannt. Doch die Kriegshandlungen Frankreichs gegen Österreich setzten sich u.a. am Oberrhein fort. Erst der Wiener Frieden beendete 1738 die Kampfhandlungen.

Österreichischer Erbfolgekrieg (1740-1748)

Der österreichische Erbfolgekrieg (1740-1748) sowie der Siebenjährige Krieg (1756-1763) tangierten das Rheinland abgesehen von Truppendurchzügen und Winterquartieren nicht unmittelbar. Ausgelöst wurde der Krieg, als Maria Theresia den Thron bestieg. Diese Thronfolge in weiblicher Linie wurde durch die pragmatische Sanktion von Kaiser Karl VI. festgeschrieben, die von anderen Herrschern nicht anerkannt wurde. Maria Theresia wurde als schwach empfunden und erhielt mehrere andere Fürsten Ansprüche auf die österreichischen Erblande.

- * Karl Albrecht von Bayern als Nachkomme der ältesten Tochter von Ferdinand I.
- * Philipp V. von Spanien als Erbe der spanischen Linie der Habsburger
- * Friedrich August von Sachsen als Ehemann der ältesten Tochter von Joseph I.

Friedrich II. nutzte diese Angriffe auf die Habsburger und besetzte am 16. Dezember 1740 Schlesien. Mit dieser Invasion löste er den österreichischen Erbfolgekrieg aus, der 1748 mit einem Friedensschluss in Aachen endete. Dieser Frieden stellte den Vorkriegszustand weitgehend wieder her, sprach Schlesien Preußen zu und anerkannte MariaTheresia auf dem Thron. Ab 1741 waren beinahe alle europäischen Mächte in den Krieg verwickelt, das Hauptaugenmerk lag allerdings auf der Konfrontation zwischen Österreich und der aufstrebenden Macht Preußen. Teile des Krieges wurden von den Kolonialmächten Frankreich und England auch in Nordamerika und Indien ausgetragen.

Zeit der Aufklärung



Balthasar Neumann (Bild:
Fresko in der Residenz
Würzburg; tiepolo-
wuerzburg.net)

Nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges wurden auch die rheinischen Territorien von der Aufklärung erfasst. In den Fürstentümern am Rhein entfaltete das höfische Leben seine ganze äußere Pracht zur Amtszeit der Kölner Kurfürsten Clemens August (1723-1761) und Max Friedrich von Königsegg (1761-1784). Unter den Mainzer Kurfürsten war Lothar Franz von Schönborn (1695-1729) der größte Kunstmäzen; er versammelte an seinem Hof bedeutende Künstler und Architekten, darunter Johann Dientzenhofer, Lukas von Hildebrandt, Maximilian von Welsch und Balthasar Neumann. Unter den Trierer Erzbischöfen Franz Georg von Schönborn (1729-1765) und Johann Philipp von Walderdorff (1765-1768) entstanden in den Landen an Mittelrhein und Mosel Architekturen des mainfränkischen Baumeisters Balthasar Neumann, aber auch seines Schülers Johannes Seiz (Schönbornlust, Engers, kurfürstlicher Palast Trier, Abtei Prüm). Die endgültige Verlegung der Residenz von Ehrenbreitstein auf die linke Rheinseite erfolgte schließlich auf Initiative des letzten Trierer Kurfürsten Clemens Wenzeslaus von Sachsen (1768-1801). Das neue Koblenzer Schloss, dessen französische Architekten Pierre Michel d'lxnard und Antoine Francois Peyre die einheimischen Kräfte aus dem Planungsstab verdrängten, stellt

den ersten klassizistischen Bau im Rheinland dar. In den Ortschaften zwischen Lahn- und Nahemündung entstanden damals aufwendige bürgerliche Bauten (z.B. Haus Knoodt in der Bopparder Rheinallee) und repräsentative klösterlicher Niederlassungen (z. B. Neubau der Siegburger Benediktinerpropstei in Hirzenach). Während des gesamten 18. Jahrhunderts blieb die Zollerhebung im Streit mit Kurmainz ein bedeutendes Thema in den nunmehr abgelegenen, pfälzischen Mittelrheinorten Bacharach und Kaub. Um das Mainzer Stapelrecht zu umgehen, wurde zwischenzeitlich der Ausbau des Handelsweges zu Lande über Bacharach, Simmern, Kreuznach, Alzey und Frankenthal erwogen, mangels einer geschlossenen pfälzischen Landverbindung aber wieder verworfen.

Französische Revolution



Französischer
Sansculotte

Die revolutionären Ereignisse in Paris 1789 erregten auch am Mittelrhein die Gemüter – wenngleich sie hier natürlich ganz anders wahrgenommen worden. So kam es etwa in Boppard, Bingen und Rüdesheim zu gelegentlichen Protesten unter den Bauern, doch ging es hier nicht um revolutionäre Forderungen, sondern den Menschen war an der Behebung lokaler Missstände gelegen. In Regierungskreisen beobachtete man den Umsturz in Frankreich und die Abschaffung der Feudalrechte mit einem Misstrauen. Am 20. April 1792 erklärt Frankreich Österreich den Krieg. Preußen trat als österreichischer Bündnispartner in den Ersten Koalitionskrieg (1792-1797) ein. Die Kurfürsten in Mainz und Trier schlossen sich umgehend diesem Bündnis an. Der Pfalzgraf in Heidelberg beschloss, sich vorerst neutral zu verhalten. In den Jahren 1792/1794 besetzten die Franzosen das linke Rheinufer. Die Sicherheit der Republik war nach Ansicht des französischen Konvents nur gewährleistet, wenn der Rhein die Grenze im Osten bildete. Die meisten Landesherren flohen. Freiheitliche Ideen, die u. a. am 18. März 1793 zur Proklamation der Mainzer Republik führten, wirkten bis in die Mittelrheinorte des Mainzer Territoriums. Im April 1793 wurde Mainz zurückerobert, preußische Truppen überquerten im März 1793 den Rhein bei Kaub und Bacharach über eine Schiffsbrücke und drangen in Rheinhessen ein. Doch

die Franzosen schlugen zurück und besetzten im Herbst 1794 fast das gesamte linke Rheinufer (mit Ausnahme von Mainz). Am 8. August wurde Trier, am 22. Oktober Koblenz von französischen Truppen besetzt. Am 25. Oktober rückten französische Grenadiere in Oberwesel, am 29. Oktober in Boppard ein. Am 1. November wurde St. Goar französisch, auch die hessische Festung Rheinfels ging an die Revolutionstruppen verloren. Preußen und Österreich stimmten in den Friedensverträgen von Basel (1795) bzw. Campo Formio (1797) der Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich zu. Die territorialen Verluste auf der linken Rheinseite sollten durch Entschädigung auf dem rechten Ufer ausgeglichen werden. Auch die hessischen Landgrafen in Kassel nahmen den Verlust von St. Goar und der Festung Rheinfels erst einmal hin. Im Friedensvertrag von Lunéville 1801 wurde abschließend über die französischen Eroberungen entschieden. Der Rhein wurde als Grenze zwischen französischer Republik und Deutschem Reich bestätigt.

Die linke Rheinseite unter französischer Verwaltung



Campo Formio heute - Stadtbezirk von Paris

1794 hatten die Franzosen das ganze linke Rheinufer besetzt. Zunächst wurden die Mosel- und Rheinlande von Aachen aus verwaltet, 1796 wurde die Verwaltung geteilt. Es entstanden zwei Generaldirektionen in Aachen und Koblenz. 1797 wurde sechs „arrondissements communaux“ gebildet (Kreuznach, Zweibrücken, Trier, Köln, Jülich und Geldern). Die linksrheinischen ehemals kurmainzischen, pfalzgräflichen und landgräflich-hessischen Gebiet wurden von Kreuznach aus verwaltet. Nach dem Frieden von Campo Formio (Oktober 1797) wurden 1798 vier Départements gebildet, Ruhr (Roer), Saar (Sarre), Donnersberg (Mont Tonnère) und das „Département Rhin-et-Moselle“ mit Sitz in Koblenz. Unterhalb des Départements wurden Kantone gebildet, so etwa der Kanton Boppard (mit Rhens, Brey, Niederspay, Oberspay, Salzig und Hirzenach), der Kanton St. Goar (mit Holzfeld, Biebernheim und Urbar), der Kanton Bacharach (mit Oberwesel, Diebach, Niederheimbach und Trechtingshausen). Im Jahr 1800 wurde mit der Einführung der napoleonischen Konsularverfassung ein neuer, dreistufiger Behördenaufbau geschaffen. An der Spitze des Départements stand ein ernannter Präfekt. Als Zwischeninstanzen wurden Arrondissements eingerichtet (Koblenz, Simmern), an deren Spitze Unterpräfekten standen. Anstelle der alten Kantone wurden Mairien (Bürgermeistereien) gebildet.

Zu den Errungenschaften der französischen Verwaltung zählten Neuerungen, die es in den benachbarten deutschen Staaten so noch nicht gab:

Der Mittelrhein im 19. Jahrhundert

- Trennung von Verwaltung und Justiz, liberales Recht, normiertes Gerichtsverfahren; Gesetzbücher (Codes Civil, de Commerce und Penal)
- Trennung von Kirche und Staat
- Beseitigung der alten ständischen Privilegien, rechtliche Gleichstellung aller Bürger
- Abschaffung der Feudalabgaben (Fron, Bede, Zehnt usw.)
- Aufhebung des verkrusteten Zunftzwanges zugunsten einer allgemeinen Gewerbefreiheit.

Die rechte Rheinseite nach 1794



Reichsdeputationshauptschluss
(© Württ. LdMus.)

Im Sonderfrieden von Basel 1795 hatte Frankreich bei Preußen, Hessen-Kassel, Württemberg und Baden die Duldung der Besetzung des linken Rheinufers erreicht. Die Kirchen- und Adelsgüter wurden eingezogen, an Bauern und Bürger verkauft oder dem Nationalgut einverlaibt. Die weltlichen Fürsten wurden im sog. Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 für die Gebietsverluste auf dem linken Ufer entschädigt. „So wurden Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg als Erben von Nassau-Saarbrücken für ihre linksrheinischen Besitzansprüche mit den rechtsrheinischen angrenzenden Gebieten der ehemals geistlichen Fürstentümer entschädigt. Aus den kurmainzischen Gebieten kamen das Untermaingebiet und der Rheingau hinzu, dessen 800-jährige Verbindung zum Mainzer Kurstaat damit ein Ende fand. Neben den aus Trierer bzw. Kölner Territorien stammenden Städten Montabaur und Limburg, Deutz, Königswinter und Linz wurde Nassau um den Hessen-Darmstädtischen Anteil an der Niedergrafschaft Katzenelnbogen arrondiert, zudem um die Grafschaft Sayn-Altenkirchen und umfangreichen Streubesitz. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss wurden auch die Rheinzölle aufgehoben; lediglich im rechtsrheinischen Kaub wurde ein „Schiffahrtsoktroi“ eingeführt, der nun aber sämtlichen Uferstaaten zugute kam und bis 1867 Bestand hatte“. (Euskirchen) Im Juli 1806 schlossen sich die deutschen Rheinbundstaaten unter dem Protektorat Napoleons zusammen und sagten sich vom Reich los. Mit der von Napoleon erzwungenen Abdankung des Königs am 6. August 1806 endete das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das seit der Regentschaft von Otto I. dem Großen im Jahre 962

insgesamt 844 Jahre existiert hatte. Kaiser Franz II. legte zwar die deutsche Reichskrone nieder, behielt aber als Franz I. seine Kaiserwürde.

Die Niederlage Napoleons bei Leipzig führte zum Abfall der Rheinbundstaaten und zum Rückzug des Kaisers über den Rhein. Unter der Führung des preußischen Generalfeldmarschalls Blücher überquerten in der Neujahrsnacht 1813/14 preußische und russische Truppen bei Kaub den Strom, später bei Mannheim und Koblenz. Die „befreiten“ Städte auf der anderen Rheinseite mussten sich an der militärischen Aktion beteiligen: Oberwesel stellte am 1.1.1814 sämtliche vorhandenen Boote, Holzbohlen, Taue, Ruder sowie geeignete Handwerker und Matrosen nach Kaub bereit. Köln, Aachen, Bonn, Trier und Koblenz wurden noch im Januar von den Koalitionstruppen besetzt, am 4. Mai 1814 zogen die Truppen auch in Mainz ein. Die ehemaligen französischen Départements Rhein-Mosel, Donnersberg und Saar wurden zunächst von Trier aus verwaltet. Nach dem Frieden von Paris (30. Mai 1814) wurde das Land zwischen Mosel und Rhein provisorisch von einer „K.K. Österreichische und K. Baierische Landes-Administrationskommission“ (Sitz in Kreuznach) verwaltet.

Der Wiener Kongress (1815) sprach schließlich das gesamte linke nördlich von Bingen Preußen zu. Das Gebiet des heutigen Rheinhessens wurden dem Großherzogtum Hessen in Darmstadt zugewiesen. Die rechte Rheinseite des oberen Mittelrheins ab Nieder-Lahnstein (Amt Braubach) wurde nassauisch. Als Gegenleistung für die Abtretung einiger nassauischer Gebiete (Neuwied, Altenkirchen, Wetzlar, Koblenz mit Ehrenbreitstein) erhielt Nassau neben den nassau-dillenburgischen Gebieten auch die Niedergrafschaft Katzenelnbogen (1816), die Preußen von Kurhessen erworben hatte. Die nassauische Regierung richtete 28 Ämter eingerichtet. Südlich der Lahn mündung entstanden die Ämter Braubach, St. Goarshausen, Rüdesheim und Eltville. Wiesbaden wurde zum Sitz der Landesregierung.

Die Jahre 1815 bis 1866



Deutsches Eck in Koblenz
(© deutsche-schutzgebiete.de)

Nach 1815 bildete Preußen zwei neue Provinzen: Jülich-Kleve-Berg und Niederrhein. Die Provinz Niederrhein erhielt die Regierungsbezirke Aachen, Trier und Koblenz, die wiederum in Stadt- und Landkreise aufgeteilt waren. An den Stadt- und Landkreis Koblenz schlossen sich südlich die Landkreise St. Goar und Kreuznach an. Der Kreis St. Goar deckte dabei den Bereich zwischen Brey und Trechtingshausen ab. Seit etwa 1830 wurde der Name „Rheinprovinz“ gebräuchlich. Die preußische

provinzialständische Verfassung von 1823 hielt - entgegen den liberalen Forderungen - am alten Ständestaat (Adel, Städte und Bauern) fest. Der Adel definierte sich aber nicht über seine Herkunft sondern über Großgrundbesitz. Die Grundbesitzer wurden als allein Wahlberechtigte zur eigentlich staatstragenden Schicht; Handel und Gewerbe sowie geistige Berufe waren damit weitgehend ausgeschlossen. 1824 wurde schließlich per Spezialgesetz die rheinische Provinzialverfassung erlassen. Sie sollte den besonderen Verhältnissen in der Rheinprovinz Rechnung tragen, unterdrückte definitiv aber erstarkte Kräfte auf wirtschaftlicher sowie Entwicklungen auf gesellschaftlicher Ebene. Der Ausschluss der Mehrheit des Bildungsbürgertums aus dem Landtag schürte die Politisierung dieser Gesellschaftsschicht, was sich bald bemerkbar machen würde. Bis in die 30er Jahre setzte die Regierung in Berlin den rheinischen Adel wieder nahezu vollständig in seinen alten Privilegien ein und bestätigte ihn als politische Führungsschicht.

Als im Jahr 1840 Frankreich in der „Rheinkrise“ erneut den Rhein als seine Ostgrenze forderte, löste dies Proteststürme in ganz Deutschland aus. Lieder wie „Die Wacht am Rhein“ und das „Deutschlandlied“ hatten Hochkonjunktur. Der neue König Friedrich Wilhelms IV. leitete ab 1840 erste Maßnahmen zur Lockerung der Preszensur ein, doch 1843 wurde die „Rheinische Zeitung“ verboten, deren Redakteur Karl Marx war. Der 1847 in Berlin zusammengetretene vereinigte Landtag endete für die Liberalen enttäuschend: der König billigte der Vertretung allenfalls eine beratende Funktion zu; die Monarchie wurde bestätigt, die Ausarbeitung einer Verfassung verworfen. Immer deutlicher kam es angesichts des dominanten protestantischen Staates zur Einigkeit zwischen den bürgerlichen Fronten im Rheinland - Liberalen und Katholiken - in Hinblick auf das gemeinsame Ziel einer geschriebenen Verfassung.



Paulskirche Frankfurt (©
IGL)

Im März 1848 schwäpften die Ideen der französischen Februarunruhen auch in das Rheinland über und ermunterte großbürgerliche, demokratische und sozialistische Kräfte zu Aktionen gegen die konservative Regierung. Doch während es in den Industriegebieten des Nordens zu Unruhen und Streiks kam, wurde am Mittelrhein nur bescheidener Protest laut. So forderte man u.a. in Oberwesel und Boppard Steuererleichterungen. Doch war dies weniger Protest gegen die politischen Verhältnisse als

vielmehr ein Notruf nach der verheerenden Missernte des vergangenen Jahres. In Bacharach scheinen bürgerliche Empörungen allerdings auch durch Flugschriften aus dem gegenüberliegenden Nassau geschürt worden zu sein. In St. Goar kam es zur Bildung einer Bürgerwehr. Auch die Septemberunruhen des Jahres 1848 wirkten sich am Mittelrhein wenig dramatisch aus. Doch anhaltende Unterdrückung sämtlicher revolutionärer Regungen brachte u.a. das Verbot der katholischen den demokratischen Ideen aufgeschlossenen Koblenzer Rhein-Mosel-Zeitung. Während die "Deutsche Revolution" von 1848 scheiterte und eine geschreibene Verfassung in weite Ferne rückte, besetzte Preußen nach dem "Einigungskrieg" von 1866 auch das rechtsrheinische Nassau.

Das Herzogtum Nassau hatte politisch bis dahin keine bedeutende Rolle gespielt. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht war Nassau, mehr noch als das linksrheinische Gebiet, durch wirtschaftliche Rückständigkeit geprägt. Im März 1848 kam es aufgrund der labilen wirtschaftlichen und politischen Situation zur Revolte in Wiesbaden, die jedoch mit Hilfe von Bundesstruppen aus Mainz unterdrückt wurde. Am 26. Juni 1849 trat Nassau dem „Dreikönigsbündnis“ zwischen Preußen, Sachsen und Hannover bei und schloss sich damit der preußischen Politik an. Doch im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 stellte sich Nassau gegen Preußen und musste die Folgen der militärischen Niederlage hinnehmen. Im Juni 1866 marschierten preußische Truppen in Oberlahnstein ein und besetzten die Marksburg. Im August nahm das preußische Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage an, die neben der Annexion von Hannover, Kurhessen, Frankfurt und Teilen von Hessen-Darmstadt auch die Einverleibung des Herzogtums Nassau in den preußischen Staatskörper vorsah. Die 1867 entstandenen Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden wurden 1868 zur neuen preußischen Provinz Hessen-Nassau (Provinzialhauptstadt Kassel) zusammengeschlossen. Das ehemalige Herzogtum Nassau wurde gemeinsam mit der Stadt Frankfurt und den von Hessen-Darmstadt abgetretenen Gebieten dem Regierungsbezirk Wiesbaden zugewiesen. Die nassauischen Ämter wurden in 12 Kreisen zusammengefasst. Die Ämter Braubach, St. Goarshausen, Rüdesheim und Eltville bildeten den Rheingaukreis mit der Kreisstadt Rüdesheim. Das gesamte Rheintal nördlich von Bingen einschließlich des Rheingaus und der Höhenzüge von Hunsrück, Eifel, Taunus und Westerwald war damit preußisch geworden.

Die Rheinprovinz nach 1866



Bischof Philip
Emanuel Ketteler,
Mitbegründer der
Zentrumspartei

Dem Zusammenschluss der rheinischen und westfälischen Katholiken folgte 1870 die Gründung der Zentrumspartei, in der gerade die Bevölkerung des linksrheinischen Oberen Mittelrheins ihr politisches Ventil fand. Bei den Reichstagswahlen 1871 errang das Zentrum 21 von 35 rheinischen Mandaten und drängte damit die Liberalen deutlich in den Hintergrund. Staatliche Repressionen gegen Kirche und Klerus während des Kulturkampfes führten dazu, dass die Zentrumspartei bis zum Ersten Weltkrieg die stärkste politische Kraft blieb.

Nach der Jahrhundertmitte hatte sich der Regierungsbezirk Düsseldorf zum Zentrum des gesamtdeutschen Industrialisierungs- und Verstädterungsprozesses entwickelt. Dem oberen Mittelrheintal gelang aus geographischen und demographischer Gründen der Anschluss an das Industriezeitalter nur an wenigen Orten. „Neben den neuen Verwaltungsstrukturen, die zahlreichen Gemeinden ihre ehemals zentralörtliche Funktion nahmen, waren es vor allem die topographischen Voraussetzungen im engen Rheintal, die ein angemessenes örtliches Wachstum, eine günstige verkehrstechnische Anbindung aber auch Neugründungen bzw. Ausdehnung bestehender Gewerbeanlagen verhinderten. Weder das Aufkommen der Dampfschifffahrt seit den 1830er Jahren noch der Ausbau der Eisenbahnstrecke zwischen Koblenz und Bingen (1859 mit den Tunnelbauwerken des Kammerreck-, Bank- und Bettunnels in St. Goar eröffnet, 1866 auf zwei Gleise erweitert) konnten hier ausgleichend wirken oder gar defizitäre Entwicklungen rückgängig machen. [□] Für zahlreiche Orte im Tal, u.a. auch für Bingen, Oberwesel, St. Goar und Bad Salzig, wurde der Tourismus zum bedeutenden Wirtschaftsfaktor, verstärkt in den Jahren zwischen 1871 und 1914. [□] Aber auch noch um 1900 herrschte [am Mittelrhein] eine vom Weinbau dominierte, kleinstädtisch-dörflich geprägte Agrar- und Gewerbestruktur vor“ (Euskirchen).

Die Provinz Hessen-Nassau nach 1866

In der Provinz Hessen-Nassau wurde im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung vor allem südlich der Kurstadt Wiesbaden und in den rechtsrheinischen Vororten von Mainz vorangetrieben. Der mittelrheinische Raum zu beiden Seiten des Stroms blieb aber merklich hinter dem aufstrebenden Rhein-Maingebiet zurück. Daran konnte auch infrastrukturelle Maßnahmen nichts ändern, wie etwa die noch in nassauischer Zeit (1862) bis nach Oberlahnstein verlängerte Rheingau-Eisenbahn (Wiesbaden-Rüdesheim), bei deren Ausbau der Roßstein- und der Loreley-Tunnel bei St. Goarshausen entstanden. Dennoch unterstützten Bahn und Dampfschifffahrt auch in den rechtsrheinischen Orten die Entwicklung von Fremdenverkehr und Gaststättengewerbe. Im Jahr 1885 wurden im Rahmen der neuen Provinzial- und Kreisordnung die alten Ämter aufgehoben und die Zahl der Kreise von 12 auf 18 erhöht. Rüdesheim, (mit Lorch und Assmannshausen) und Eltville wurden zum Rheingaukreis

zusammengeschlossen. Aus den Ämtern Braubach und St. Goarshausen bildete man den Kreis St. Goarshausen.

Verfasser: Dr. Stefan Grathoff

Verwendete Literatur

- Euskirchen, Claudia. In: das Rheintal von Bingen und Rüdesheim bis Koblenz. Mainz 2001, S. 88-112 (Das Mittelalter), S. 112-133 (Von der Reformation bis zum Ende der Feudalzeit), S. 134-153 (Das 19. Jahrhundert) und S. 154-172 (Das 20. Jahrhundert).
- Grundriss der Geschichte: Vom späten Mittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Bd. 2 und 3. Stuttgart o.J.
- Wegner, Hans-Helmut : Die Besiedlung des Rheintals von den ersten Anfängen bis zum Ende der Frankenzeit. In: Das Rheintal von Bingen und Rüdesheim bis Koblenz. Eine europäische Kulturlandschaft. Bd. 1. Hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz. Schriftleitung: Christian Schüler-Beigang. Mainz 2001, S.67-87.

Erstellt: -

Geändert: 27.04.2009